

# Meldungen

Jan Heller, Kabul

## Öffentliche Hinrichtungen

Die Taliban haben am 1. Mai zwei angebliche Mörder in Mazar-e Sharif und in der Provinz Laghman vor jeweils tausenden von Zuschauern öffentlich hingerichtet, berichtete das offizielle „Radio Shariat“. Ein dritter verurteilter Mörder würde dem Bericht zu Folge in Kabul von den Kindern seines Opfers begnadigt. Taliban-Führer Mulla Muhammad Omar hatte die Todesurteile lokaler Gerichte bestätigt.

Am 22. Mai ließen die Taliban im Kabuler Stadium ein unverheiratetes Paar öffentlich auspeitschen, weil es sexuelle Beziehungen unterhalten habe. Ein Mann in den 20ern namens Fazl Rahman und eine verschleierte Frau namens Nadia, in einem abgeteilten Teil des Stadions vor 30 ebenfalls verschleierten Zuschauerinnen, erhielten je 100 Hiebe. Rahman versuchte anfangs, die Hiebe im Stehen über sich ergehen zu lassen, brach dann aber zusammen und mußte von Taliban aufrecht gehalten werden, die Frau saß auf dem Rasen und wurde auf Rücken und Beine geschlagen.

## EU-Troika bei Taliban

Eine EU-Troika aus Botschaftern in Pakistan unter Leitung des schwedischen Botschafters besuchte Anfang Mai das Taliban-Hauptquartier in Kandahar und versuchte vergeblich, die Bewegung davon zu überzeugen, wieder in den UN-gesponserten Friedensprozeß einzutreten. „Zu unserer großen Besorgnis wiesen die Taliban eine Rolle der Vereinten Nationen in jeglichen Verhandlungen zurück“, erklärte der schwedische Botschafter Peter Tejler nach der Rückkehr der Gruppe in Islamabad. Dabei hatten die EU-Botschafter durchblicken lassen, daß sie die einseitigen Sanktionen gegen die Taliban nicht gutheißen. Die EU habe sich für ein Waffenembargo gegen beide Seiten eingesetzt, sagte Tejler. „Die EU rief 1996 zu einem Embargo für alle Waffen nach Afghanistan auf. Wir unterscheiden nicht zwischen Parteien und

ermutigen andere, dasselbe zu tun.“ Diese Äußerung stießen auf erhebliches Mißtrauen bei den Taliban-Gegnern der Vereinten Front (UF), deren Regierung von der UN und ihren meisten Mitgliedsstaaten weiterhin als legitime Regierung Afghanistans anerkannt wird und deshalb auch Militärlieferungen an sie als legitim betrachtet. UF-Militärchef Ahmad Shah Massud hatte erst kürzlich öffentlich zugegeben, daß die UF Militärlieferungen aus Iran und Rußland erhalte. Journalisten haben bei Besuchen im UF-Gebiet auch Panzerabwehrraketen vom Typ „Milan“ gesehen, die Gerüchten zu Folge aus Frankreich stammen sollen.

## 40 Terroristen-Camps?

Rußland hat nach Angaben der russischen Nachrichtenagentur *Interfax* vom 8. Mai dem Sanktionskomitee des UN-Sicherheitsrats eine Liste mit Lagern und Stützpunkten übergeben, in denen in Afghanistan islamische Terroristen ausgebildet werden. Darin sollen sich auch 40 bis 500 Tschetschenen befinden. Nähere Angaben machte *Interfax* nicht, aber in verschiedenen Presseberichten tauchte immer wieder die Zahl von 40 Camps auf, darunter drei größere. Laut *Interfax* errichte Osama bin Laden gegenwärtig an der Grenze zu Pakistan, möglicherweise in Zhawara (Provinz Paktia), einen „großen unterirdischen Kommandopunkt“. Daran seien Dutzende Ingenieure, 50 Fahrzeuge und 500 Arbeiter beteiligt.

## „Wir übergeben den Flammen“

Taliban in der nordostafghanischen Stadt Taloqan haben am 12. Mai Musikinstrumente und Haschisch öffentlich verbrannt. Dem Bericht von Radio Shariat zu Folge seien in der Provinz Faryab auch 83 Männer bestraft worden, die ihre Bärte entgegen den Bestimmungen gestutzt hätten. 41 Personen seien dort wegen des Besitzes von Musikkassetten und 21 wegen Versäumen des Gebets festgenommen worden. In Maimana, der

Hauptstadt Faryabs, seien ferner acht Drogenabhängige und zehn Spieler verhaftet worden.

## Pakistan stoppt Taliban-Minister

Vier Taliban-Minister, die an einer von der islamistischen pakistanischen Partei Jamiat-i-Ulema-i-Islam ausgerichteten Deoband-Konferenz teilnehmen wollten, sind von den pakistanischen Behörden an der Grenze zurückgewiesen worden. Das gab Innenminister Moinuddin Haider am 2. Mai auf einer Pressekonferenz bekannt. „In welche Richtung man auch immer reist“, sagte er, „man muß in Torkham gültige Dokumente zeigen.“ Haider wies auch darauf hin, daß diese Maßnahme auch wegen des in den UN-Sanktionen enthaltenen Reiseverbots für hohe Taliban getroffen worden sei. Afghanische Bürger benötigen seit einigen Monaten Pässe und Visa an der pakistanisch-afghanischen Grenze.

## USA loben Taliban wegen Opium-Verbots

Das Taliban-Verbot, Opiummohn anzubauen, wird zu 99 Prozent durchgesetzt, und die Taliban wollen diese Opiummohn-Kultur ernstlich beseitigen. Das sagte James Callahan, Direktor des *South Asian Bureau of International Narcotics and Law Enforcement* im US-State Department der pakistanischen Zeitung *Dawn* am 3. Mai nach seiner Rückkehr von einer 8-tägigen Reise durch Afghanistan.

„Wir applaudieren ihnen [den Taliban]“, erklärte er. „Fast alle Gebiete, die einst Hauptanbauggebiete für Opiummohn waren, sind frei vom Anbau. In Helmand, Nangarhar und woanders gab es keinen Opiummohn mehr. Wo es welchen gab und wir das den Taliban anzeigten, beseitigten sie das am nächsten Tag.“ Callahan hatte Afghanistan in einer 10-köpfigen Delegation mit Teilnehmern aus anderen Geberländern bereist, zu der auch je ein Vertreter des Auswärtigen Amtes und der GTZ gehörten. Callahan

verwies allerdings auch darauf, daß es sehr schwierig werden würde, das Verbot aufrecht zu erhalten, wenn die betroffenen Bauern keine Unterstützung beim Umstellen auf alternative Kulturen erhielten.

Die US-Teilnahme an dem Besuch der Delegation - die erste Reise von US-Vertretern seit dem Cruise-Missile-Angriff auf Terroristenlager in Afghanistan 1998 - erwies sich als erstes Schritt zu verstärktem humanitärem Engagement der USA in Afghanistan, mit dem u.a. klar gemacht werden soll, daß die auch von den USA initiierten einseitigen UN-Sanktionen gegen die Taliban sich nicht gegen die Bevölkerung richten. Bereits am 4. Mai fand in Washington ein breit besetztes Spezial-Briefing des State Department über die humanitäre Situation in Afghanistan statt, an dem auch Vertreter der Entwicklungsagentur USAID teilnahmen. Am 17. Mai gab Außenminister Colin Powell in Washington ein neues 43-Millionen-Dollar-Hilfspaket der USA für Afghanistans am meisten von der Dürre betroffenen Gebiete, u.a. die Provinzen Badghis, Ghor und Herat, an. Dazu gehören 65.000 Tonnen Weizen, die über das WFP und lokale NGOs - und nicht über die Taliban, wie Powell betonte - verteilt werden sollen. Dazu kommen Gesundheits-, Wohnraum- und Hygieneprogramme. Damit erreicht die Afghanistan-Hilfe der USA in diesem Jahr 124 Millionen Dollar. Die USA sind damit das bedeutendste Geberland für Afghanistan, wie bereits im Vorjahr mit 114 Millionen. Beobachter weisen allerdings darauf hin, daß die Weizenlieferungen zu US- und nicht zu regionalen Preisen berechnet werden.

## 800.000 neue Flüchtlinge

Seit Juni 2000 sind weitere 800.000 Afghanen im Ergebnis des kriegerischen Konflikts, von Dürre und anhaltenden ökonomischen Belastungen zu Binnenflüchtlings (IDP) oder Flüchtlingen geworden, berichtet die UN-Nachrichtenagentur IRIN am 18. Mai unter Berufung auf ein neues *UN-fact sheet*. Die Vertriebenen kommen zu den bereits 2,2 Millionen Flüchtlingen in Pakistan und 1,5 Millionen im Iran hinzu. Den Angaben zu Folge haben 60.000 Menschen das zentrale Hochland (Hazaradschat) verlassen, die Hälfte von ihnen seit Januar wegen intensiver Kämpfe. Es

wird geschätzt, daß in den dort von Dürre am schlimmsten betroffenen Distrikten (wuluswali) 34.000 Kinder an Unterernährung leiden. In der Westregion um Herat leben 100.000 IDPs in sechs Camps (inzwischen, Anfang August, 240.000 bis 300.000). Der Zustrom habe sich von Januar bis April von 75 auf 300 Familien täglich erhöht. In der Nordregion um Mazar-e Sharif werden ebenfalls 100.000 IDPs gezählt. Bei Veröffentlichung des Berichts gingen neue Reports über in Mazar eintreffende Dürreflüchtlinge aus dem Westen Afghanistans ein. Im Kampfgebiet im Nordosten (Provinzen Tokhar, Kunduz und Baghlan) beläuft sich die Zahl der IDPs auf 18.000 Familien bzw. 90.000 Menschen. Dazu kommen 10.000 Menschen auf isolierten Inseln im Fluß Pandsh an der Grenze zu Tadschikistan, nahe der Frontlinie zwischen UF und Taliban. Genaue Angaben aus der Zentralregion mit Kabul liegen nicht vor. Hunderte Familien sind aber seit Juli 2000 aus Tokhar und Bamian vor Kämpfen geflohen. Es wird geschätzt, daß etwa die Hälfte der 1,8 Millionen Einwohner Kabuls in den letzten sechs Jahren aus ihren ursprünglichen Wohnungen bzw. Wohngebieten vertrieben worden sind. In der Südregion um Kandahar werden 23.000 Familien, vor allem Nomaden, als IDPs gezählt. Es wird erwartet, daß etwa ein Fünftel der Nomaden-IDPs in diesem Jahr in ihre angestammten Gebiete zurückkehren, während die übrigen auf auswärtige Hilfe angewiesen bleiben werden. Seit Juni 2000 sind weitere 200.000 Flüchtlinge in Pakistan eingetroffen, von denen sich 174.500 in Lagern in der North-West Frontier Province und in Belutschistan aufhalten: 80.000 im Jalozai-Camp, 60.000 im Shamshatoo-Camp und 16.500 im Akora Khattak-Camp. Weitere 18.000 leben in der Nähe der belutschischen Hauptstadt Qütta. Die übrigen leben, vermutlich bei Verwandten, ohne Hilfe in Anspruch zu nehmen. Von den 2,2 Millionen Flüchtlingen in Pakistan leben 1,2 Millionen in Lagern oder Landgebieten, 800.000 in städtischen Zentren wie Karatschi und Lahore. Nach UNHCR-Angaben hat Irans Regierung von 200.000 neuen Flüchtlingen seit Jahresbeginn berichtet. Internationale Beobachter gehen davon aus, daß 36.000 Menschen nach Afghanistan abgeschoben worden sind.

## Afghanistans Wälder in Gefahr

Afghanistan verliert nach Expertenschätzungen mindestens 20.000 Hektar Wald in jedem Jahr. 1989 waren noch 2,6 Prozent des afghanischen Territoriums von 640.000 Quadratkilometer bewaldet. Das geht aus einem Bericht hervor, den die Dritte-Welt-Nachrichtenagentur IPS Anfang Mai verbreitete. Sie zitiert die Peshawarer Umweltschutz-Gruppe *Save the Environment Afghanistan* (SEA), die den Verlust an Waldgebieten allein in der dicht bewaldeten ostafghanischen Provinz Kunar mit 450 bis 600 Hektar angab (Zeitraum unklar). Auch in anderen Landesteilen sei die Situation „kritisch“. Im Ajar-Tal schlugen die Einheimischen täglich etwa 300 Eselsladungen Wacholder und anderes Buschwerk als Heizmaterial. In den wichtigsten Städten seien 60 Prozent der Bäume während der Herrschaftszeit der Mujahedin (1992-96) gefällt worden, heißt es bei SEA weiter. Bauholz ist eine der wichtigsten Einnahmequellen in Afghanistan; es wird vor allem nach bzw. über Pakistan oder durch Afghanistan und Iran in die Golfstaaten geschmuggelt. Zentrum des Holzschmuggels ist laut IPS-Bericht Chaman im pakistanischen Belutschistan. Ein in den 70er Jahren von der afghanischen Regierung verhängtes Einschlagverbot wird schon lange ignoriert; in Kunar profitieren sowohl die Taliban als auch ihre Gegner und lokale Warlords von dem Geschäft. Dem Krieg, Stammeskonflikten und der mächtigen Bauholz-Mafia dürften auch noch die Restbestände des afghanischen Waldes zum Opfer fallen, wird befürchtet. Auch pakistanische Behörden sind beteiligt. In dem Bericht wird ein Beamter zitiert, dem zu Folge die Provinzregierung Belutschistans monatlich 200 bis 250 Importgenehmigungen für Bauholz aus Afghanistan erteilt. Die Folgen der zunehmenden Entwaldung sind bereits zu spüren: starke Regenfälle führen zu Erdbeben, die selbst wiederum auch Waldbestände vernichten (siehe Meldung unten). In Kunar hätten in den vergangenen Gewitterstürme und Erdbeben 200 Hektar Wald vernichtet.

## Swimming Pool eröffnet

Erstmals unter Taliban-Herrschaft hat Mitte Mai wieder ein öffentlich zugänglicher Swimming Pool geöffnet. Er befindet sich am Kabuler Hotel Interconti-

mental. Geöffnet ist allerdings nur für Männer ab 15 Jahren, die Badehosen müssen laut Vorschrift mindestens das Knie bedecken. Vorschriftsmäßige Hosen können im Hotel sogar ausgeliehen werden. Zur Gebetszeit zwischen 13 und 14 Uhr ist das Becken geschlossen. Trotz des inzwischen trüben Wassers wird der 20 Meter lange Pool lebhaft frequentiert, da es ohne Kinos, Fernsehen und Musik an Zerstreuung in Afghanistan weitgehend mangelt. AFP zitierte den Hotelmanager Muhibullah Garmseri mit der Aussage, daß Taliban selbst jedoch nicht in dem Pool baden würden, damit ihr Prestige unter der Bevölkerung nicht leide.

(Wahrscheinlich können die meisten von ihnen auch nicht schwimmen, eine Fähigkeit, die in Afghanistan nicht weit verbreitet ist - d.A.) Auch der Pool im Polytechnikum soll demnächst wieder geöffnet werden, heißt es. Das neue Management des Hotels hat einen weiteren Schritt unternommen, um auch seinen ausländischen Gästen mehr Bequemlichkeit zu bieten: Es hat bei Taliban-Führer Mulla Omar beantragt, daß auch die TV-Nachrichtenkanäle CNN und al-Jazeera aus Qatar empfangen werden können.

## Preis in Cannes für „Kandahar“

Der Film „Kandahar“ des iranischen Regisseurs Mohsen Makhmalbaf hat im Mai einen Sonderpreis beim Filmfestival in Cannes errungen. Er erzählt die Geschichte einer in Afghanistan geborenen Kanadierin, die an ihren Geburtsort zurückkehrt, um ihre behinderte Schwester zu finden, die mit Selbstmord gedroht hatte.

## Kricket-Verband durchbricht Sport-Boycott

Der *International Cricket Council*, der Weltverband für diese Sportart, hat das Afghanistan der Taliban am 19. Juni (Di) als assoziiertes Mitglied aufgenommen. „Praktisch jedes Land, das Cricket spielt, das eine Cricket-Organisation hat, qualifiziert sich für die Mitgliedschaft“, so ICC-Präsident Malcolm Gray. „Wir geben kein Urteil über andere Dinge ab“, erklärte er in Anspielung auf das sonstige Taliban-Boycott, dem sich auch die im IOC zusammen geschlossenen Sportverbände angeschlossen haben. Die Taliban konnten deshalb auch keine Sportler zu den Olympischen Spielen in Sydney ent-

senden. Im Mai hatte ein 17-köpfiges afghanisches Team vier Spiele gegen pakistanische Mannschaften in Peshawar und Rawalpindi ausgetragen. Es war von der *Pakistan Cricket Board* als „Geste guten Willens zwischen beiden Ländern“ und „um das Cricket-Spiel in Afghanistan zu fördern“ eingeladen worden.

## Kämpfe in Zentral- und Nordafghanistan

Die erwartete Frühjahrsoffensive einer der beiden afghanischen Kriegsparteien ist auch in diesem Jahr bisher ausgeblieben. Trotz erheblicher Truppenkonzentrationen fanden entlang der Hauptkampflinie in der Nordostprovinz Tachar bisher erst einige intensivere Vorstöße und Gefechte statt, ohne daß eine der Seiten Geländevorteile erzielen konnte. Die Gefechte konzentrieren sich auf die Farchar-Schlucht, durch die der Zufahrtsweg in die einzige von der Vereinigten Front (UF) unter Kommandeur Ahmad Schah Massud noch vollständig gehaltene Provinz Badachschan führt. Sehr aktiv sind hingegen die Fronten um die UF-Enklave im Grenzgebiet der Provinzen Herat, Farah, Ghor und Badghis, in die im Frühjahr der bekannte UF-Kommandant Ismail Khan, früher Gouverneur der Region Herat, aus Iran zurückgekehrt war. Ismails Kämpfer nahmen verschiedene Distriktzentren ein - darunter Jawand (Badghis), Ghalmin (Ghor) - und schlugen verschiedene Taliban-Gegenangriffe zurück.

Ein örtlicher UF-Kommandeur, Dr. Muhammad Ibrahim, beschuldigte die Taliban, am 11. Juli nach einem erfolglosen Gegenangriff in Richtung des Distrikts Taiwara (Provinz Ghor) 400 Häuser in der Walima-Schlucht in Distrikt Shahrak (Provinz Ghor) erst geplündert und dann niedergebrannt zu haben. Zehn Zivilisten seien bei Taliban-Luftangriffen auf das Gebiet getötet, 25 weitere verletzt worden. Nach UF-Quellen setzten die Taliban nach der Brandschatzung in Yakaolang-Zentrum (Provinz Bamian, siehe gesonderter Bericht) dieses Vorgehen auch in den Seitentälern um die gleichnamige Provinzhauptstadt fort. Davon seien die Gebiete in Shahidan, Dara-ye Fuladi, Top Ali, Dara-ye Azhdar, Sorkhdar und Khawja Ali betroffen. Die Bewohner dieser Gebiete hätten sich in die Berge bei Waras und Panjao geflüchtet, wo es ihnen an Nahrungsmitteln, Kleidung und Medi-

kamenten fehle.

Gekämpft wurde auch in den Vororten der Provinzhauptstädte Chaghcharan (Ghor) und Aibak (Samangan) sowie in der Südprominz Helmand, die bisher als fest unter Taliban-Kontrolle galt. Am 26. Juni nahmen UF-Kämpfer nach eigenen Angaben vorübergehend das Distriktzentrum Nad-e Ali ein und griffen am 9. Juli das Distriktzentrum Zamindawar an. In der Provinz Balkh wurden im Juni die Kämpfer des UF-Alliierten General Dostum wieder aus dem Distriktzentrum Zare/Keshende zurückgedrängt. Nach bisher unbestätigten Berichten verübten die Taliban dort Rachemorde an zahlreichen Zivilisten.

Einem Bericht von Radio Meshhed vom 16. Juli ordneten die Taliban an, einige ihrer Kämpfer im Distrikt Pashtun Zarghun zu entwaffnen, offenbar aus Furcht, sie könnten sich der UF anschließen. Lokale Kommandeure verweigerten daraufhin die Waffenabgabe. Auch in Ghor wurden Taliban entwaffnet und verhaftet, nachdem sie unautorisiert die Frontlinie verlassen hatten.

## Neue Taliban-Dekrete

Am 29. Mai ordneten das Taliban-Ministerium für die Förderung der Tugend und die Bekämpfung des Lasters („Religionspolizei“) über Radio Sharia an, daß die afghanischen Frauen künftig außerhalb des Hauses nur noch die Burqa, und nicht mehr den leichteren Tschador, als Verschleierung tragen müssen. Durch den Tschador, heißt es zur Begründung, könne man immer noch Körperkonturen erkennen. Am 31. Mai untersagten die Taliban allen weiblichen ausländischen Helfern, ein Auto zu steuern, weil dies gegen die „afghanischen Traditionen“ sei und „die Gesellschaft negativ“ beeinflusse. Am 2. Juni wurde dekretiert, bedrucktes Papier zu „achten“ und bedrucktes Papier nicht „illegal“ - etwa als Einwickelpapier - zu nutzen. Darauf könnten die Namen von „Gott dem Allmächtigen, des Propheten Muhammad“ oder anderer Heiliger gedruckt seien, die dann geschändet werden könnten. In einem weiteren Dekret Mulla Omars vom 14. Juni wurde festgelegt, daß „heilige Worte, Bilder, Kreuze und [Abbildungen] lebender Tiere“ nicht auf in Afghanistan hergestellten Produkten verwendet werden dürfen und afghanische Händler nicht Produkte mit solchen Abbildungen importieren dürfen.

In einem Interview für die Taliban-Presse relativierte Außenminister Mutawakkil einige Tage später diese Anordnung. Offenbar kann nicht der Import jeder Keksverpackung verhindert werden, auf dem auch nur eine stilisierte Tierfigur oder ähnliches zu erkennen ist.

In der zweiten Juli-Woche verkündete Außenminister Mutawakkil, daß die Nutzung des Internet wegen der Obszönität, Vulgarität und des anti-islamischen Charakters (einiger) seiner Inhalte untersagt bleibe. „Wir befürchten, daß wenn es keine Kontrolle über das Internet gibt, es einen negativen Einfluß auf die Afghanen haben könnte“, sagte ein Botschaftssprecher in Islamabad. Am 13. Juli ordneten die Taliban an, daß Frauen keine Picknickplätze und touristische Ausflugsziele mehr besuchen dürfen. Radio Sharia zitierte Aussagen der „Religionspolizei“, daß Frauen zusammen mit Männern an solchen Orten gesehen worden seien. „Das ist verboten.“ Am 18. Juli ordneten sie an, daß Regierungsangestellte während des Dienstes einen schwarzen Turban tragen müssen.

Am gleichen Tag wurde per Dekret Mulla Omars die Einfuhr von 30 Gütern in das Islamische Emirat „absolut“ untersagt: lebende Schweine; Schweinefleisch; Schweineöl [Schweinefett?]; Gegenstände aus menschlichem Haar; natürliches menschliches Haar; Satellitenantennen; Filmvorführerichtungen für das Kino; Microtophography [?] für das Kino; alle Musikinstrumente einschließlich Hüllen und Ersatzteile; Billardtische und Zubehör; Schachbretter; Spielbretter (Karambol-Spiele); Spielkarten; Masken; alle alkoholischen Getränke; alle „Bänder“ (tapes) und „Computer-, Video- und TV-Sex- und Musikkassetten; lokaler Wein; Hummer; Nagellack; Kinder-Feuerwerk; anderes Feuerwerk; alle Kinofilme, selbst im Transit; alle Statuen lebender Wesen; Schneiderkataloge mit Abbildern lebender Wesen; Zeichnungen [Gemälde?]; Weihnachtskarten; Gratulationskarten mit Abbildern lebender Wesen; Krawatten; Schleifen („Fliegen“); Krawattennadeln.

## Taliban kassieren Waffenscheine

Die Taliban haben Mitte Mai alle Waffenscheine im Land für ungültig erklärt. Laut Radio Shariat darf nur noch das Innenministerium die Papiere ausgeben. Das Verteidigungsministerium und der Nachrichtendienst hat diese Berechtigung

künftig nur noch für ihr jeweiliges Personal.

## Pavarotti-Konzert für afghanische Flüchtlinge

Der italienische Opernstar Luciano Pavarotti hat sein achttes Konzert „Pavarotti und Freunde“ am 30. Mai in Modena den afghanischen Flüchtlingen gewidmet. Durch den Ticketverkauf und Spenden sollten 1,5 Millionen Dollar zusammen kommen, die laut UNHCR in Schul- und Gesundheitsprojekte in zwei afghanischen Flüchtlingslagern in Pakistan gehen sollten. Für das Konzert waren 30 afghanische Flüchtlingskinder nach Modena ausgeflogen worden, die als Chor auftraten. Durch das Programm führten die Schauspieler Michael Douglas, der auch UN-Botschafter ist, und Catherine Zeta-Jones. Zu den Auftretenden gehörten Tom Jones, Barry White und die Bands Deep Purple und Morcheeba.

## Kontroverse um Kennzeichnungspflicht

Am 23. Mai verkündete Maulawi Abdul Wali, Minister für die Förderung der Tugend und für die Bekämpfung des Lasters, im Taliban-Sender „Stimme der Scharia“, daß die „Nicht-Muslime“ des Landes künftig ein „Unterscheidungszeichen“ mit sich führen sollen. Eine entsprechende Fatwa der Islamgelehrten sei bereits erlassen worden. Als Begründung für die Maßnahme berief sich der Minister auf angebliche Beschwerden von Hindus, die sich „während Operationen von Operativgruppen des Ministeriums Problemen gegenüber“ gesehen hätten, d.h. die zum obligaten Gebet gezwungen werden sollten, weil sie sich angeblich nicht von den „normalen“ Moslems unterscheiden ließen. In der Weltpresse rief die Ankündigung dieser Maßnahme empörte Reaktionen hervor. Viele Medien verglichen sie mit der Einführung des „Judensterns“ durch die Nazis. Taliban-Außenministeriumssprecher Abdul Mannan Hemmat wiegelte jedoch schnell ab und sprach davon, das „daumengroße Abzeichen“ solle von den Hindus in der Tasche und nicht äußerlich getragen und nur auf Verlangen vorgezeigt werden. Er dementierte nachdrücklich, daß Hindu-Frauen künftig gelbe Schleier tragen und Hindu-Haushalte gelbe Flaggen hissen müßten.

Die Reaktion der Hindu- und Sikhgemeinde, nach Angaben eines ihrer Kabuler Vertreter landesweit etwa 1.700 Personen, davon 520 in Kabul, auf die neue Verordnung war gemischt. Sie reicht von Gleichmut („das ist kein Anlaß zu Besorgnis“) bis zu Ausreiseankündigungen. Die meisten afghanischen „Inder“ haben Verwandte auf dem Subkontinent oder am Golf. Das Dekret ist bis heute nicht umgesetzt, soll aber zur Abstimmung im Ministerrat bereit liegen. Die letzte Version lautet, daß die nichtmuslimischen religiösen Minderheiten eine Art besonderer Identitätskarte erhalten sollen, die sie vor amtlichen Übergriffen schützen soll. Justizminister Nuruddin Turabi kündigte an, die Hindu-Gemeinschaft würde vor der endgültigen Beschlußfassung konsultiert.

## Erdbeben und Überschwemmungen

Ein Erdbeben in Nord-Afghanistan hat am 1. Juni drei Menschen das Leben gekostet und 20 weitere verletzt. Das Epizentrum des Bebens mit einer Stärke von 5,2 auf der Richter-Skala lag etwa 70 km nordöstlich der Hauptstadt Kabul und erschütterte die Städte Jabal us-Seraj, Gulbahar und das Panjsher-Tal. Starke Regenfälle haben Ende Juli in der Provinz Logar hunderte Hektar Ackerland, Bewässerungskanäle und 100 Häuser zerstört. In den Distrikten Maidanshahr und Narch (Provinz Wardak) wurden früher im Monat mindestens 400 Häuser zerstört, hunderte Stück Vieh getötet und Farmland überflutet.

## Deutsche Diplomaten in Kabul

Der Leiter der Südasien-Abteilung im Auswärtigen Amt, Dr. Christoph Müller, und der dort für humanitäre Angelegenheiten zuständige Dr. Riedler besuchten Anfang Juni Afghanistan. In Kabul sprachen sie auch mit Taliban-Vertretern. Laut einer UPI-Meldung lehnte es Vize-Außenminister Mulla Abdul Rahman Zahed dabei im Namen der Taliban ab, an jeglichen Gesprächen unter UN-Beteiligung teilzunehmen.

## Streik gegen Taliban-Übergriff

Das *Internationale Komitee vom Roten Kreuz* (IKRK) hat am 1. Juni die Taliban beschuldigt, ein vom IKRK geleitetes Krankenhaus in Kandahar durchsucht und lokale Angestellte verhaftet zu ha-

ben. „Mitten in der Nacht verhafteten sie einige Angestellte und danach traten die Leute, die im Hospital arbeiten, in den Streik“, sagte der IKRK-Delegationsleiter in Pakistan, Anton Bieler. Die Ursache der Verhaftung sei unklar, so Bieler.

## Afghanische demokratische Parteien tagten in Aachen

Eine dreitägige Konferenz afghanischer demokratischer Parteien unter dem Titel „Volkssouveränität und kriegerische Parteien“ hat vom 22. bis 24. Juni in Aachen stattgefunden. Organisiert wurde sie vom Institut für Politische Wissenschaft der TH Aachen und vom örtlichen Dritte-Welt-Forum. Aziz Gardezi vom Rat für Demokratie in Afghanistan sagte der BBC, daß die Konferenz es Afghanen ermöglichen sollte, zusammen zu sitzen und ihre Problem in einer freien Atmosphäre zu diskutieren. Die Konferenz habe demokratische Kräfte einander näher gebracht, sagte er weiter. Er sei sicher, daß diese Gruppen eine Kraft innerhalb und außerhalb Afghanistans bilden und eine „dritte Kraft“ bilden könnten, die für die schweigenden Menschen spreche. Folgende Organisationen waren beteiligt: *Paschtunische Sozialdemokratie*, *Verein der Demokratischen Frauen Afghanistans*, *Organisation zur Befreiung des afghanischen Volkes (SAMA)*, *Rat der Wiederauferstehung der afghanischen Nation*, *Sozialdemokratische Partei Afghanistans (Afgan Millat)*, *Rat für Demokratie in Afghanistan*, *Organisation der Werktätigen Afghanistans (SAZA)*, *Massenorganisation der Nation (Sazman-e Ulusi-ye Millat)*.

## Reichster Mann Afghanistan verurteilt

Wegen Betrugs und Veruntreuung von Regierungskrediten in mehreren Fällen hat eine Sondergericht der Taliban am 21. Juni den nach eigenen Angaben reichsten Mann Afghanistans zu zehn Jahren Haft verurteilt. Das berichtete die iranische Nachrichtenagentur IRNA unter Berufung auf die Taliban-Nachrichtenagentur BIA. Gulabuddin Sherzai, der die einzige Privatbank Afghanistans führte, galt als dem 1996 von den Taliban ermordeten Präsidenten Najibullah nahestehend, war Handelsminister unter dem Präsidenten der Taliban-Gegner, Professor Burhanuddin Rabbani, und soll laut IRNA auch über gute

Kontakte zu Taliban-Offiziellen verfügt haben. Mehrere Taliban-Minister sollen in Häusern wohnen, die ihm gehören. Sherzai habe vor allem Barterhandel mit osteuropäischen Ländern, vor allem Polen, und mit Saudi-Arabien getrieben. Das Urteil sei endgültig, so der Chef des Sondergerichts Maulawi Muhammad Ghulam Haqqani, Sherzai werde die Strafe im Gefängnis von Kandahar verbüßen.

## Taliban-Verschörungstheorie

Taliban-Außenminister Mulla Wakil Ahmad Muttawakil hat einem Bericht des Londoner *Daily Telegraph* jüdische und US-Frauenorganisationen beschuldigt, die UNO gegen sein Regime aufzubringen. Vor Reportern in Kabul habe er gesagt: „Die UN können von einigen Frauenorganisationen in Amerika beeinflusst worden sein, die gegen das Islamische Emirat sind, darunter jüdische und möglicher Weise solche von afghanischen Frauen mit Verbindungen zu Opposition“. Anti-jüdische Töne sind auch in der Taliban-Presse nicht selten, besonders in der Berichterstattung über Palästina.

## Taliban-Budget aufgedeckt

Erstmals Zahlen über den Staatshaushalt der Taliban hat der pakistanische *Dawn* am 4. Juni veröffentlicht. Die Zahlen tauchten allerdings in keinem offiziellen Taliban-Medium auf. Dem Bericht zu Folge soll das Budget für das Jahr 2001/2002 (beginnend mit März) umgerechnet 82 Millionen US-Dollar betragen (Einnahmen: 80,94 Millionen US Dollar; Ausgaben: 82,53 Millionen US Dollar). Der Großteil gehe ins Bildungswesen. 53,33 Millionen US Dollar der Einnahmen sollen aus der Besteuerung des Transithandels kommen (1997: 75 Millionen, laut Weltbank; 2000: 18,18 Millionen, laut Taliban) sowie 17,33 Millionen aus Steuern auf Personen, Eigentum, Business und Banktransaktionen (2000: 6,1 Millionen, laut Taliban). Die Ausgaben verteilen sich auf folgende Ministerien: Bildung (13,96 Millionen US Dollar), Hochschulen (1,14), Gesundheit (2,89), Verteidigung (2,7), Innen (2,23), Außen (0,16), Planung (0,86), Finanzen (1,86), Bergbau und Industrie (0,14), Luftfahrt (0,26), Vice & Virtue (1,0), Märtyrer und Flüchtlinge (0,2), Landwirtschaft (0,95), Abteilung für ländliche Entwicklung

(0,29). Im selben Artikel wird eine Studie des *Center for International Cooperation* der Universität New York zitiert, der zu Folge die Taliban 1999 etwa 45 Millionen US-Dollar aus dem Opiumhandel einnahmen.

## Paschtunische Alternative?

In Peshawar hat sich im Juni eine neue afghanische Organisation gegründet, der *Islamic Council for Solidarity of Afghanistan's Nationalities*. Als Vorsitzender wird ein Muhammad Yasin Kaseb angegeben. Bei diesem Rat könnte es sich um eine Nachfolgeorganisation eines 1999/2000 aktiven Organisation handeln, die möglicherweise mit einflußreicher pakistanischer Rückendeckung als eine paschtunische Alternative zu den Taliban aufgebaut werden sollte und von einem bis dahin unbekanntem Ex-Mujahedin-Kommandanten namens Shariati geführt worden war. Als Hintermann hatte sich pakistanischen und ausländischen Journalisten gegenüber ein pakistanisch-paschtunischer General Sher Anwar präsentiert. Shariati war im vergangenen Jahr verhaftet worden, sein Rat löste sich daraufhin auf.

## „Afghanen, go home“

Der Gouverneur der pakistanischen North-West Frontier Province Syed Iftikhar Hussain hat Anfang Juni die afghanischen Händler in Hayatabad (Peshawar) aufgefordert, ihre Geschäfte zu schließen, weil sie sich illegal im Lande aufhielten. Sie sollten ihr Business „nach Afghanistan verlegen“.

## Nur noch ohne Waffe ins Taxi

Die Hohe Kommission für Sicherheit des Taliban-Emirats unter Vorsitz des stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden Mulla Hassan beschloß laut Radio Shariat vom 3. Juni, daß „alle Besitzer und Fahrer von Privatfahrzeugen durch die Transport-Abteilung zu informieren sind, keinen Personen zu erlauben, in ihre Fahrzeuge einzusteigen, die eine Pistole oder andere leichte Waffen ohne Waffenschein tragen, damit unverantwortliche Leute nicht ihre Waffen mißbrauchen. Im Falle, daß sie Bewaffnete transportieren, haben die Fahrer kein Beschwerderecht. Die besagte Angelegenheit war S.E. dem Amir-ul Mumenin vorgelegt worden, um seinen Rat einzuholen.“

## Keine Preissteigerung bei Weizen

Laut Vizehandelsminister Maulawi Faiz Muhammad Faizan liegt der Preis für einen 100-kg-Sack Mehl in Kabul derzeit bei 60 Prozent im Vergleich zu vor anderthalb Jahren, meldete Radio *Shariat* am 4. Juni. 60.000 von 300.000 Tonnen Weizen aus Pakistan, deren Lieferung vertraglich vereinbart wurde, seien bereits eingetroffen.

## Durrani-Erbe will Koh-i-Noor-Diamanten

Ein Nachkomme des afghanischen Staatsgründers Ahmad Shah Durrani namens Prinz Taifoor Jan, nach Angaben des *Dawn* vom 13. Juni wohnhaft in Kohat (Pakistan) in einem „dreistöckigen Palast mit 76 Zimmern“, das einst offizielle Residenz des afghanischen Königs gewesen sei, habe den berühmten Koh-i-Noor-Diamanten vom englischen Königshaus zurückgefordert. Die Queen habe ihm sogar geschrieben, u.a. daß der Besitzanspruch durchaus umstritten sei. Daraufhin habe der Prinz seine Forderung auf Rückgabe fallen gelassen und wolle nun nur noch als „rechtmäßiger Eigentümer“ bezeichnet werden.

## Dürreopfer verkaufen Kinder

Das US-Hilfswerk *Save The Children* hat Anfang Juni berichtet, daß Dürreopfer in der Nordprovinz Faryab „ihr Land verkaufen, zu IDPs werden, betteln und Kredite mit hohen Zinsen aufnehmen, um zu überleben“. Bei der Untersuchung habe die Organisation heraus gefunden, daß Familien ihre Töchter „in niedrigerem Alter und für einen Brautpreis von 300 Dollar - sechsmal niedriger als normal - verheiraten“. Im untersuchten Distrikt Kohestan liege die Sterberate bei 2,6 von 10.000 Menschen täglich, bei Kindern unter fünf Jahren sogar bei 5,9 von 10.000.

## Taliban in Süd- und Südostasien

Malaysias Polizei hat am 7. Juni bekannt gegeben, daß sie sieben Mitglieder einer afghanisch inspirierten militanten Bande festgenommen habe, die für eine „puristische“ islamische Gesellschaft in dem Land kämpfe. Ihnen werden Überfälle auf Banken und Geschäfte, Morde an drei indischen Malaysiern und Versuche vorgeworfen, Hindu-Tempel und

Kirchen zu sprengen. „Einige ihrer Mitglieder haben früher in Afghanistan und Ambon (Indonesien) im Name des Jihad gekämpft“, so der *Inspector-General* der Polizei Norian Mai. Er lehnte es ab zu sagen, ob die Gruppe direkt mit dem Taliban-Regime verbunden sei. In Bangladesh beschuldigte Premierministerin Sheikh Hasina am 19. Juni die Opposition sowie religiöse Fundamentalisten mit Unterstützung der Taliban für die Bombenanschläge auf Büros ihrer Partei *Awami League*, bei denen 22 Menschen getötet wurden. Bereits zuvor waren mehrere Personen wegen ihrer Beteiligung an früheren Bombenanschlägen verhaftet worden, denen Beziehungen zu den Taliban zur Last gelegt werden. Anfang Juli beschuldigte der philippinische Senator Rodolfo Biazon, die islamistische *Abu-Sayyaf-Gruppe* habe 50 Mitglieder zum Training nach Afghanistan geschickt. Er berief sich auf einen Filipino bei der UN-Afghanistan-Mission (dort gibt es allerdings keinen Filipino, weder im politischen noch im humanitären Bereich - d.A.).

## Jeanne d'Arc unterm Schleier

Um auf die Hungerkatastrophe in Afghanistan hinzuweisen, haben die französischen *Médecins du Monde* am 12. Juni für einen Tag lang bekannte Denkmäler in Paris, Strasbourg, Lyon und Marseille mit Burqas verhüllt. Darunter waren die Jeanne-d'Arc-Statue in Pariser Zentrum sowie verschiedene Statuen im Jardin du Luxembourg und auf der Place de la République.

## Ex-König gewinnt bei Umfrage

Das US-State Department hat am 15. Juni die Ergebnisse einer Umfrage veröffentlicht, der zu Folge die meisten Afghanen den früheren König Muhammad Zahir Shah als den politischen Führer betrachten, der am wahrscheinlichsten die Probleme des Landes lösen könne. Aus Sicherheitsgründen wurde nicht bekannt gegeben, wer die Umfrage durchgeführt hat, bei der 4.995 ausgewählte Afghaninnen und Afghanen in 27 Provinzen „relativ wissenschaftlich“ befragt worden seien. 58 Prozent der Männer und 51 Prozent der Frauen gaben an, daß die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung der nationalen Einheit die vordringlichste Aufgabe seien. 50 Prozent der Frauen und 46 Prozent der

Männer sprachen sich für den ehemaligen König als besten politischen Führer aus. Taliban-Chef Mulla landete auf den zweiten Platz mit 11 Prozent Unterstützung bei Männern und 6 Prozent bei Frauen. Oppositionschef Massoud landete bei zwei Prozent. 20 Prozent der Befragten beantworteten diese Frage mit „Ich weiß nicht“. 79 Prozent der befragten Männer und 87 Prozent der Frauen unterstützen die Einberufung einer Loya Jirga, in Kabul sogar 95 bzw. 90 Prozent.

## Richtertreffen in Kandahar

Taliban-Chef Mulla Omar hat Mitte Juni 500 Richter aus Distrikt-, Provinz- und religiösen Gerichten aus dem gesamten Land zu einem Treffen nach Kandahar beordert, berichteten pakistanische Zeitungen. Es wurde erwartet, daß er sie besonders zum Kampf gegen die ausufernde Korruption aufrufen werde. Die Taliban spielten die Bedeutung des Treffens herunter. Es habe sich lediglich um ein Routinetreffen gehandelt, dem bereits ähnliche Veranstaltungen mit anderen Berufsgruppen vorausgegangen waren. „Die Korruption wütet am meisten in Fallen, die mit Landdisputen zu tun haben“, berichtet der *Dawn* vom 17. Juni, „und in Fällen, in denen öffentliches Land durch angebliche Privatbesitzer in Komplizenschaft mit Richtern, Beamten der Steuer- und Landbehörden verkauft wird.“ Schmiergelder seien auch nötig, um Einsprüche gegen Entscheidungen niedriger Gerichte an höhere Gerichte gelangen zu lassen. Den Angaben zu Folge genießen Richter auf Grund einer Dekrets Mulla Omars Immunität gegen Verhaftung, das auf Veranlassung des Obersten Richters Mulla Nur Muhammad Saqeb erlassen worden sei.

## Neues Verwirrspiel um Usama

Der von den USA als Staatsfeind Nr. 1 gesuchte Islamistenführer Usama bin Laden hat nach Angaben eines seiner Sprecher zu Folge das Taliban-Hauptquartier in Kandahar wegen eines drohenden russisch-amerikanischen Angriffs verlassen und sich in ein Gebiet Afghanistans außerhalb der Kontrolle der Taliban begeben. Das berichtet die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* am 19. Juni unter Berufung auf den privaten qatarischen TV-Sender *al-Jazeera*, der ein Büro in Kabul unterhält. Taliban-Sprecher erklärten daraufhin, ihnen sei

der Aufenthaltsort Usamas nicht bekannt.

Kurz zuvor hatte Taliban-Chef Mulla Omar in einem Exklusivinterview mit UPI in Kandahar erklärt, Osama sei „unter Kontrolle“ und etwaige Fatwas Osamas seien „ungültig“, weil er keine Fatwas erlassen dürfe, denn er verfüge nicht „über die vorgeschriebenen 12 koranischen Studien, die ihn für die Position eines Mufti qualifizieren.“ Bin Laden seien zudem Kontakte zu den Medien und Vertretern ausländischer Regierungen untersagt. Er habe Mulla Omar im April Gefolgschaft geschworen. Die Taliban selbst hätten Usama im vergangenen September in Kandahar den Prozeß gemacht, worüber Washington in Kenntnis gesetzt worden sei. Das Gericht habe 30 Tage lang zusammengesessen, „ohne daß irgendein Beweis gegen ihn vorgelegt worden sei“, und habe seine Tagung sogar noch um zehn Tage verlängert, „um der US-Seite Zeit zum Handeln zu geben“. Bin Laden habe auf den Koran geschworen, daß er nichts mit den Bombenanschlägen in Nairobi und Daressalam zu tun habe.

## Demokraten unter sich

Taliban-Chef Mulla Omar hat Pakistans Präsidenten Pervez Musharraf am 21. Juni zur „Übernahme des Präsidentenamtes“ gratuliert. Dies werde „den bereits existierenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Afghanistan and Pakistan neuen Auftrieb geben“.

## Mulla Omar bildet Kabinett um

Am 25. Juni hat Mulla Omar vier Ministerämter umbesetzt. Mulla Muhammad Tahir Anwari wurde neuer Planungsminister, der auch für die Beziehungen mit den NGOs und humanitären UN-Agenturen verantwortlich ist. Sein Vorgänger Mulla Saaduddin Sa'id wurde anstelle von Ahmadullah Muti Minister für Öffentliche Arbeiten. Muti löste Mulla Abdul Latif Mansur als Landwirtschaftsminister ab. Mansur wurde neuer Bürgermeister Kandahars.

## Gewalt gegen afghanische Flüchtlinge

Nachdem ein afghanischer Flüchtling in Islamabad in Polizeigewahrsam umgekommen war, protestierten am 27. Juni mehr als 200 Afghanen außerhalb des

Krankenhauses, in dem das Opfer verstorben war, und verlangten Gerechtigkeit und besseren Schutz. Der 40-jährige Salahuddin Samadi war Angaben von Familienangehörigen zu Folge am 15. Juni verhaftet worden. Die Polizisten hätten Geld für seine Freilassung verlangt und ihn dann aus einem Taxi gestoßen, als er sich weigerte zu zahlen. Ein Senior Superintendent der Islamabader Polizei teilte mit, daß einer der beteiligten Polizisten vom Dienst suspendiert und eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden sei. „Wir beabsichtigen, alle illegalen Immigranten in diesem Land zu überprüfen, aber wir werden keine Belästigung afghanischer Flüchtlinge tolerieren, durch niemanden.“ Nach pakistani-schen Polizeiangaben verfügen nur 5.000 der 76.932 afghanischen Flüchtlinge im Raum Islamabad-Rawalpindi über legale Dokumente. Die UN-nahe Nachrichtenagentur IRIN zitiert einen afghanischen Flüchtling mit der Feststellung: „Jeden Tag stoppt die Polizei Afghanen und verlangt Geld. Wenn du nicht zahlst, schlagen sie dich.“ Ein Taliban-Diplomat in Islamabad bestätigte diese Aussage: „Das ist ein ernsthaftes Problem und wir wollen, daß das aufhört.“

Am 10. Juli wurden zwei afghanische Intellektuelle in Peshawar von Unbekannten angegriffen. Sie hatten sich kurz zuvor mit dem UN-Beauftragten für Afghanistan, Francesc Vendrell, getroffen. Bereits am 8. Juli kam es in der zentraliranischen Stadt Flawerjan zu Übergriffen von Jugendbanden auf afghanische Flüchtlinge, bei denen dutzende Afghanen verletzt wurden. Nachdem Jugendliche gegen die Präsenz illegaler afghanischer Migranten protestiert hatten, fuhr sie mit Motorrädern durch die Stadt und verwüsten afghanische Basarstände und Geschäfte. Zuvor hatte in Isfahan der Generaldirektor für Arbeit und Soziales die „aktive Anwesenheit von Fremden“ zur Hauptursache für die hohe Arbeitslosigkeit in der Stadt erklärt. Gegenwärtig leben seinen Angaben zu Folge 251.000 Flüchtlinge und Migranten in der Provinz. Davon seien 241.992 Afghanen. Wenige Tage zuvor war im sächsischen Borna ein 19-jähriger Afghane von einer Gruppe Jugendlicher angegriffen und schwer verletzt worden.

## Taliban machen gegen UNSMA Eigenbedarf geltend

Am 20. Juni forderte der Taliban-Ministerrat die UN-Sondermission für Afghanistan (UNSMA) auf, ihr bisheriges Büro zu räumen, da er es für eigene Zwecke benötige. Die Taliban erklärten, daß es sich um eine rein technische Angelegenheit handele. Seit dem 13. Juli hat die UNSMA Quartier im ehemaligen Goethe-Institut genommen.

## Adoptieren Sie ein Minenfeld

Mit einem Sammelergebnis von 620.000 US-Dollar ist die *Adopt a Minefield*-Kampagne für Afghanistan die erfolgreichste weltweit. Sie wird von der US-Vereinigung für die Vereinten Nationen geführt. Das berichtet die UN am 2. Juli aus Islamabad. Mit den Geldern werden 22 Minenfelder in Afghanistan gesäubert. Sponsors können ein ganzes Minenfeld adoptieren (meist zwischen 25.000 und 40.000 Dollar oder kleinere Beträge, bis hinunter zu 5 Dollar, beisteuern. Ted Turners *Better World Fund* gibt weitere 25 Cent für jeden gesammelten Dollar für die administrativen und Programmkosten der Kampagne. Dadurch geht jeder Spendendollar direkt in die Minenräumung.

## Mörder begnadigt

Ein zum Tode verurteilter Mörder ist am 3. Juli im Distrikt Waghaz (Provinz Ghazni) vom Vater des Opfers begnadigt worden. Das Sharia-Recht gibt den engsten Angehörigen die Möglichkeit, entweder das Todesurteil selbst zu vollstrecken oder den Täter zu schonen.

## UF: Pakistanis kämpfen für Taliban

Nach Angaben der UF befanden sich vier hochrangige Pakistani unter den in diesem Jahr bisher in der Provinz Tochar gefallenen 500 Taliban: Mustafa, Kommandeur des 998. Kommando-Regiment, stationiert in Cherat, Einwohner des Wah Cantonment im Punjab; die Leiche Mulla Dost Muhammads, der die gepanzerten Einheiten der Taliban befehligt habe, sei nach Weash bei Chaman (Belutschistan) ausgeflogen worden. Am 19. Juli berichtete das UF-Büro in Washington, daß „hunderte von Studenten aus religiösen Schulen in Pakistan in der nordafghanischen Stadt Kunduz eintref-

fen, um an geplanten Angriffen gegen die Mujahedin in der Provinz Tochar teilzunehmen“. Dazu seien Madrassas in Pakistan geschlossen worden.

### Gailani-Kontakte zu Taliban

Seyyed Hamed Gailani, Sohn des früheren Mujahedin-Führers Pir Seyyed Ahmad Gailani, hat in Kabul hohe Taliban-Vertreter zu Gesprächen getroffen, darunter den amtierenden Vizevorsitzenden des Ministerrats Mulla Muhammad Hassan Akhund. Das berichtete die pakistanische Nachrichtenagentur SANA am 11. Juli aus Kabul. Parallel hat ein anderer Sohn Pir Gailanis, Ishaq Gailani, seine Aktivitäten in Peshawar wieder verstärkt. Er hat den von ihm begründeten *Rat für Verständigung und nationale Einheit* wieder aktiviert und versucht, ihn mit anderen Exilorganisationen zu verschmelzen. Beide Gailani-Zweige konkurrieren miteinander.

### Pakistan schränkt Import nach Afghanistan ein

Mit Wirkung des 1. September 2001 hat die pakistanische Regierung afghanischen Händlern untersagt, sieben Güter im Rahmen des Afghanischen Transit-handelsabkommen (ATTA) zollfrei durch Pakistan zu importieren: Kassettenrecorder, Glaswaren/Dinner-Sets, Telephone, Entsafter, Videorecorder (VCR), Videoabspielgeräte (VCP) und Rasierklingen.

### Geringe humanitäre Auswirkungen der Sanktionen

Auch wenn „ungünstige humanitäre Effekte aus dem gegenwärtigen Sanktionsregime resultierten, verblassen sie in ihrer Bedeutung, wenn mit den Auswirkungen von Krieg und Dürre verglichen“. So heißt es in einem am 13. Juli dem UN-Sicherheitsrat vorgelegten Bericht einer Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen über die humanitären Auswirkungen der von ihm verhängten Sanktionen. Am stärksten sei durch das internationale Flugverbot für die afghanische Linie Ariana der zivile Luftverkehr im Lande betroffen. UN-Generalsekretär Kofi Annan empfahl die sofortige Umsetzung eines Planes, der in einer Ausnahme der Ariana die Wartung der Maschinen und Training der Crews im Ausland erlaube und dafür eingefrorene

Ariana-Konten im Ausland unter Aufsicht freigibt, um Gefährdungen des innerafghanischen Luftverkehrs zu verhindern. Taliban-Außenminister Mutawakkil begrüßte den Vorschlag Annans. Am 20. Juli zitierte AP den chinesischen UN-Botschafter Wang Yingfan nach einer geschlossenen Afghanistan-Diskussion des Sicherheitsrates mit der Bemerkung: „Einige Mitglieder merkten an, daß die Verhängung der Sanktionen die gegenwärtige Situation in Afghanistan nicht geändert hat. Deshalb haben einige Mitglieder vorgeschlagen, daß wir eine Art umfassender Bestandsaufnahme des gesamten Problems in dem Land vornehmen sollten.“

### HRW: Nachbarn fachen Konflikt an

Die US-Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hat in einem am 13. Juli veröffentlichten Bericht Pakistan, Iran und Rußland sowie andere Staaten in der Region beschuldigt, durch militärische Hilfe an afghanische Parteien, die für umfangreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich seien, den Krieg in dem Land anzuzetteln. Pakistan habe dabei, trotz gegenteiliger Erklärungen, das UN-Embargo gegen die Taliban gebrochen. Der Bericht „Crisis of Impunity: The Role of Pakistan, Russia, and Iran in Fueling the Civil War in Afghanistan“ (siehe [www.hrw.org/reports/2001/afghan2/](http://www.hrw.org/reports/2001/afghan2/)) nennt Details der Militärhilfe, die wichtigsten Transitrouten, geht auf die Rolle staatlicher und nichtstaatlicher Akteure und die Reaktion der internationalen Gemeinschaft ein. „Unglücklicherweise gießen einige jener Staaten, die versprochen haben, auf eine Verhandlungslösung für ein Ende des Krieges hinzuwirken, Öl ins Feuer, indem sie einer der beiden Seite Militärhilfe gewähren“, erklärte HRW-Exekutivdirektor Joost Hiltermann. Die vorrangige Beschäftigung Rußlands und der USA mit dem Kampf gegen Terrorismus habe „eine breitere Sicht“ auf das Problem verstellt. Er rief die internationale Gemeinschaft auf, ein umfassendes Embargo über alle Formen von Militärhilfe für alle Fraktionen zu verhängen. Die Aufhebung des Embargos solle davon abhängig gemacht werden, ob die Seiten Schritte zur Beendigung der Menschenrechtsverletzungen unternehmen und die Täter vor Gericht bringen.

### Neue Epidemien

Schon 183 Tote hat nach UF-Angaben vom 26. Juli ein Cholera-Ausbruch in Nord-Afghanistan gekostet. Die Krankheit war am 17. Juli im Distrikt Aq Koprak, 75 Kilometer südlich von Mazar-e Sharif aufgetreten und hatte sich in die Stadt Zare ausgebreitet. Bereits nach drei Tagen waren 2.000 Menschen erkrankt. Nach UN-Angaben war Anfang Juli ein weiterer Cholera-Ausbruch in der Nachbarprovinz Samangan unter Kontrolle gebracht worden. Unterdessen berichtet Radio Meshhed am 14. Juli von einem Malaria-Ausbruch in der Provinz Tochar. Taliban-Kommandeuren zu Folge seien die meisten Erkrankungen in Hazarbagh und Khojaghah aufgetreten.

### Mulla Omar nicht unabsetzbar

Der Oberste Führer des Taliban Mulla Muhammad Omar kann abgesetzt werden, wenn er seine „Mission“ nicht erfüllt. Dies sagte der Taliban-Minister für Religiöse Stiftungen, Seyyed Ghiasuddin Agha, der ägyptischen Wochenzeitung *Nasif-e Dunya*, berichtete am 15. Juli die pakistanische Nachrichtenagentur NNI. Mulla Omar sei „kein Prophet“ und er könne ersetzt werden, wenn er Fehler beginge.

### Watan-Partei sucht EU-Hilfe für politische Lösung

Die afghanische Vaterlandspartei (*Herb-e Watan*), die in der Nachfolge der zwischen 1978 und 1992 in Afghanistan herrschenden prokommunistischen Partei steht, hat das Europäische Parlament aufgefordert, eine Rolle bei der Lösung des Afghanistan-Konflikts zu spielen. Das berichtete die pakistanische Agentur NNI am 13. Juli. Watan-Chef Muhammad Isa Ishaqzai hatte am Vortag in Brüssel die Präsidentin des Europaparlaments Nicole Fontaine auf deren Einladung getroffen. Die Watan-Partei hatte sich auf einem Parteitag in Frankfurt/M. im vorigen Jahr von der Ideologie ihrer Vorgängerin distanziert und fast die gesamte ehemalige Führung als „nationale Verräter“ ausgeschlossen. Ishaqzai zu Folge setzte sich die Partei einer national-demokratischen Regierung in Afghanistan ein. Sie behauptet, auch innerhalb Afghanistans über zahlreiche Anhänger zu verfügen.



## Bombenanschläge in Kabul

Zwei Bombenanschläge im Abstand von zehn Minuten haben am frühen Morgen des 20. Juli Kabul erschüttert. Dabei wurde eine Person leicht verletzt. Die Sprengkörper explodierten im „Hotel Kabul“, das erst wenige Wochen wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden war. Eine der Bomben zerstörte das *Ariana*-Büro in dem Gebäude, die zweite ließ in einem Segment des eigentlichen Hotels zwei Stockwerke einstürzen; nur das Dach blieb stehen. Die UF weis Beschuldigungen der Taliban zurück, sie sei für die Anschläge verantwortlich und führte diese ihrerseits auf Fraktionsstreitigkeiten unter den Taliban zurück. Bereits am 11. Juli hatte eine mächtige Explosion ein Waffendepot im Taj Beg-Palast im Stadtteil Dar-ul-Aman am südwestlichen Stadtrand Kabuls zerstört. Darin sollen tschetschenische und pakistanische Taliban-Verbündete untergebracht sein.

## Islamische Monumente werden repariert

Mit einem Empfang begingen die Taliban-Behörden Ghaznis am 21. Juli das Ende der Renovierungsarbeiten am Schrein des Hazrat-e-Hakim Sanaie Ghaznawi. Gleichzeitig wurden Reparaturen an der historischen Madrassa hams-ul-Arefeen aufgenommen.

## Waffen gegen afghanische Banditen

Die Einwohner von mehr als 1.100 Dörfern an der iranischen Grenze zu Afghanistan sind bewaffnet worden, um bewaffnete afghanische Banditen abzuwehren, die in Rauschgiftsmuggel und Entführungen verwickelt sind. Das meldete IRNA am 24. Juli aus Nischapur in der Ostprovinz Khorassan. Insgesamt seien dort Basiji (Freiwilligen-Milizionäre) stationiert worden, so der Basij-Provinzkommandeur Brigadegeneral Akbar Ebrahimzadeh. Iranschen Berichten zu Folge wurden in den vergangenen 20 Jahren über 3.100 iranische Polizisten im Kampf gegen den Drogenschmuggel getötet.

## NGO: Taliban setzten pakistische Kindersoldaten ein

Tausende pakistanischer Kinder aus religiösen Schulen werden von den Taliban als Soldaten bzw. Konkubinen rekrutiert. Das berichtete die Nachrichtenagentur UPI am 5. Juli unter Berufung auf den Bericht der NGO *Society for the Protection of Rights of Children* „The State of Pakistan's Children, 2000“. Unter den Taliban-Kämpfern seien Kindern unter 18 Jahren. Im August 1999 habe eine Taliban-Delegation die wichtigsten Madrassas in der North West Frontier Province besucht und an die Schüler appelliert, sich dem Krieg anzuschließen. Dem Bericht zu Folge haben sich 50.000 Schüler diesem Aufruf angeschlossen. Die Kinder mögen als Träger, Boten oder Spione beginnen, heißt es darin, aber in vielen Fällen endeten sie an der Front. Zahlen dieser Kindersoldaten enthält der Bericht nicht. Mädchen würden oft unter Zwang als Köchinnen oder Konkubinen rekrutiert. Ihre Zahl sei jedoch geringer.

# Pakistans afghanische Chimäre

## Rede Ahmed Rashids anlässlich der Annahme des Nisar-Osmani-Preises für mutigen Journalismus, vergeben durch die *Human Rights Commission of Pakistan* (HRCP) am 25. März 2001

Ich bin dem Rat der HRCP, seinen gewählten Vertretern und Mitgliedern tief dankbar für den mir verliehenen begehrten Preis. Ich möchte besonders dem Vorsitzenden des HRCP Afrasiab Khattak, Generalsekretärin Hina Jilani, Direktor I.A. Rehman sowie Asma Jehangir und Dr. Mobashir Hassan danken. Ich finde keine Worte, meine Gefühle in diesem Moment zu beschreiben, denn es ist das erste Mal nach über 20 Jahren im Journalismus, daß eine pakistanische Organisation mit einem solchen enormen Ansehen wie die HRCP meine Arbeit über Pakistan, Afghanistan und Zentralasien anerkennt. Noch so viel internationale Anerkennung kann aufwiegen, in seinem eigenen Land, in seiner eigenen Heimat und bei Seinesgleichen, die ich so sehr respektiere, anerkannt zu werden. Ich bin tief bewegt und äußerst dankbar dafür. Die Arbeit der HRCP zur Erhöhung des Bewußtseins über Menschen- und Minderheitenrechte, Armut, politische- und Pressefreiheit in Pakistan hat keine Parallele. Ich habe über den brutalen, tragischen Konflikt in Afghanistan seit 23 Jahren berichtet. Dieser Konflikt hat mich 1988 auch zum ersten Mal nach Zentralasien gebracht. Mein Durchhaltevermögen verdanke ich dem andauernden Mut, der

Wärme und dem herausragenden Charakter des freiheitsliebenden afghanischen Volkes, das sich heute, selbst nach all diesen Jahren des Krieges, immer noch einem nie dagewesenen Angriff auf seine Unabhängigkeit, Kultur, Geschichte und seinen Glauben an den Islam als eine Religion des Friedens und der gleichen Rechte für Männer und Frauen gegenüber sieht. Mein Durchhaltevermögen, so lange an dieser Geschichte dran zu bleiben, hat aber auch mit meinem Wunsch zu tun, den geheimen Entscheidungsprozeß in Pakistans Afghanistan-Politik aufzudecken und darüber journalistisch zu schreiben.

Während der vergangenen zehn Jahre war Pakistan an der Seite der einen oder anderen Fraktion am Krieg in Afghanistan beteiligt, aber die meisten Pakistani waren sich dieser Beteiligung und der Folgen, die sie auf den Kern der Politik unseres Landes hat, nicht bewußt. Darüber möchte ich heute zu Ihnen kurz sprechen. So sehr ich die Afghanen respektiere und verehere, als Pakistani kann ich nur zuerst und am meisten das Beste für mein Land wünschen. Zu lange haben wir alle als stumme Zuschauer beobachtet, wie Pakistans politische und ökonomische Entwicklung auf dem Altar einer Außenpolitik geopfert wurde, die die